

Beschluss der Kreiskonferenz  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** in Sachsen  
04. November 2006 in Freiberg

**Gegenstand:**

Neues Energieprogramm für Sachsen

**Antragsteller:**

Landesvorstand

1 **Der Weg in die solare Zukunft -**  
2 **Ein neues Energieprogramm für Sachsen**

3

4

5 **1 Einleitung**

6 **1.1 Das Ende des fossilen Zeitalters**

7 Energiefragen sind auf der Tagesordnung der Politik. Die Verbraucherkosten für Strom,  
8 Gas und Heizung sind seit 2000 um 43% gestiegen.<sup>1</sup> Das Ende des billigen Öls aus  
9 Nahost nähert sich - trotz aller Kriege und Interventionen. Gleichzeitig erzielen die vier  
10 herrschenden Energiekonzerne e-on, RWE, Vattenfall und EnBW, die sich Deutschland  
11 aufgeteilt haben, in einem nicht funktionierenden Markt Rekordgewinne wie nie.

12 Der Klimawandel, die Kehrseite unserer fossilen Energieversorgung, meldet sich für alle  
13 spürbar durch Stürme, Hochwasser oder Trockenheit. Wir leben in einer Umbruchszeit,  
14 in der die Weichen für die künftigen Lebensbedingungen der meisten Menschen auf der  
15 Welt gestellt werden. Eine zentrale Aufgabe des 21. Jahrhunderts ist der Ausstieg aus  
16 der verschwenderischen fossilen Energieversorgung und der möglichst rasche Umstieg  
17 in die vollständige Versorgung aus erneuerbaren Energien. Jetzt gilt es langfristig  
18 verantwortlich zu denken und zu handeln!<sup>2</sup>

19 Doch das alte fossile System kämpft um seine Verlängerung. Atomlobby und CDU  
20 versprechen ganz offen billige Strompreise durch Verlängerung der Laufzeiten schrott-  
21 reifer Atomreaktoren. Die SPD spielt sich mit Umweltminister Gabriel als Hüter einer  
22 ökologischen Energiepolitik auf, treibt aber zugleich den Bau neuer CO<sub>2</sub>-Schleudern mit  
23 Stein- und Braunkohlebefeuerung voran. Spätestens mit der einseitigen Bevorteilung  
24 der Kohle gegenüber hocheffizienten Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung  
25 (KWK) im Rahmen des Nationalen Allokationsplans zum Emissionshandelssystem hat  
26 die Bundesregierung ihr ökologisches Mäntelchen verloren.<sup>3</sup>

27

28

<sup>1</sup> Statistisches Jahrbuch der BRD 2006, S.506.

<sup>2</sup> Vgl. Hans-Josef Fell / Carsten Pfeiffer (Hg.), Chance Energiekrise – Der solare Ausweg aus der fossil-atomaren Sackgasse, 2006.

<sup>3</sup> Vgl. Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag, Hintergrundpapier Klima und Energiepolitik. 18.6.2006, abzurufen unter [www.gruene-fraktion-sachsen.de](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de).

## 29 **1.2 Ein „neues“ Energieprogramm für Sachsen?**

30 SPD-Wirtschaftsminister Jurk hat ein neues sächsisches Energieprogramm angekün-  
31 digt. Obwohl das geltende Programm erst zwei Jahre alt ist, ist die Novellierung über-  
32 fällig. Das geltende Programm aus Zeiten der CDU–Alleinherrschaft hält die Option für  
33 neue Atomkraftwerke offen und will das Erneuerbare-Energien-Gesetz abschaffen. Es  
34 unternimmt nicht einmal den Versuch, auf die Jahrhundert Herausforderungen des  
35 Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit tragfähige Ant-  
36 worten zu entwickeln.

37 Leider lassen die bisherigen Erfahrungen mit der sächsischen Energiepolitik von CDU  
38 und SPD nicht an die notwendige entschlossene Energiewende glauben. Bisher sind  
39 nur leichte Akzentverschiebungen kosmetischer Natur festzustellen. So hat die  
40 Staatsregierung die populistische Polemik gegen die Erneuerbaren Energien gedämpft  
41 und das erfolgreiche Energieeffizienz-Zentrum zur Energieagentur ausgebaut. Im  
42 Haushaltsplanentwurf 2007/08 wird das Klimaschutzprogramm für Modellprojekte  
43 fortgeführt sowie ein neuer Effizienzschwerpunkt für Kleine und Mittlere Unternehmen  
44 und ein Förderinitiative für erneuerbare Energien eingeführt.

## 45 **1.3 Boxberg IV: Falsche Weichenstellung in die fossile Vergangenheit**

46 Ein grundsätzlicher Kurswechsel ins solare Zeitalter ist leider nicht zu erkennen - ganz  
47 im Gegenteil: Die entscheidenden Weichen hat die Staatsregierung bereits vor  
48 Verabschiedung des neuen Energieprogramms in die falsche Richtung gestellt. Der  
49 Weg in die fossile Abhängigkeit wird durch den von der Staatsregierung gewünschten  
50 Neubau des Braunkohlekraftwerks Boxberg IV zementiert und so die hausgemachte  
51 Klimakatastrophe beschleunigt.

52 Wir brauchen in Sachsen eine Klimaschutz- und Energiepolitik aus einer Hand! Es  
53 muss Schluss damit sein, dass der Wirtschaftsminister die Braunkohle und der Um-  
54 weltminister Alibi-Modellprojekten fördert. Das sogenannte „Klimaschutzprogramm“  
55 der Staatsregierung von 2001 ist nur eine Beruhigungsspiel für die Öffentlichkeit, dass  
56 seinen Namen nicht verdient. Denn es nimmt den größten CO<sub>2</sub>-Verschmutzer, die  
57 Braunkohlekraftwerke, die jetzt schon für über 60% der sächsischen Emissionen  
58 verantwortlich sind, von den Minderungsmaßnahmen aus. Solange sich die Energie-  
59 politik aber nicht dem notwendigen Braunkohleausstieg stellt, kann von einer echten  
60 Klimaschutzpolitik nicht die Rede sein.

61

## 62 **2 Leitlinien eines neuen Ökologischen Realismus**

63 Wir fordern, das neue sächsische Energieprogramm unter die Leitlinien eines neuen  
64 „ökologischen Realismus“ zu stellen.<sup>4</sup> Ökologischer Realismus meint die Anerkennung  
65 der ökologischen Erfordernisse als Grundlage einer zukunftsfähigen Energiepolitik. Wir  
66 brauchen eine neue Zielhierarchie zugunsten des Klimaschutzes in der Energiepolitik.  
67 Die Wirtschaftlichkeitsbewertung von Energieträgern muss externe Umweltkosten  
68 integrieren. Versorgungssicherheit bedeutet heute zwingend die Ausschöpfung der  
69 Effizienz- und Einsparpotentiale sowie aller erneuerbaren Energien.

70

---

<sup>4</sup> Dieser Begriff ist dem Artikel „Für einen neuen Realismus in der Ökologiepolitik“ von Reinhard Loske und anderen vom 1.9.2006 entlehnt.

## 71 **2.1 Eine neue Zielhierarchie: Vorrang für den Klimaschutz!**

72 CO<sub>2</sub>-Emissionen reichern sich sehr lange in der Atmosphäre an. Wir ernten jetzt mit  
73 dem beginnenden Klimawandel die Fehler unserer Eltern und Großeltern. Wir müssen  
74 jetzt die richtigen Entscheidungen für unsere Kinder und Enkel treffen. Dies bedeutet:

75 Wir müssen bis zum Jahr 2050 unsere derzeitigen CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit um 60%  
76 und die der Industrieländer um 80 % bis 90 % (Basisjahr 1990) reduzieren, um das  
77 globale Klima nicht völlig aus den Fugen geraten zu lassen. Schaffen wir dies nicht und  
78 erhöhen die CO<sub>2</sub>-Konzentration bis 2100 über das Maß von 450 ppm hinaus, wird die  
79 globale Mitteltemperatur weit über 2°C hinaus schießen und eine Reihe von  
80 unvorhersehbaren, nicht mehr beherrschbaren Kettenreaktionen auslösen. Die Arktis  
81 und die Gletscher werden schmelzen, der ansteigende Meeresspiegel Küstenstädte  
82 auch in Europa gefährden, der Nordatlantikstrom („Golfstrom“) kann sich verändern und  
83 manche Regionen in Ostdeutschland werden versteppen. In Europa wird ein Anstieg  
84 von bis zu 7°C der Durchschnittstemperatur prognostiziert. Die neuesten Berechnungen  
85 für Sachsen zeigen, dass wir ohne entschlossenes Umsteuern mit einem Anstieg der  
86 durchschnittlichen Temperatur im Winter um über 4°C und mit einem Rückgang von 16  
87 % der Niederschläge im Sommer, in manchen Regionen Nord- und Ost Sachsens noch  
88 weit mehr, rechnen müssen.<sup>5</sup>

89 Die zentrale Aufgabe der Energiepolitik ist daher die schnelle und radikale Reduktion  
90 der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Das Kyoto-Protokoll ist als völkerrechtlich verbindliche Reduk-  
91 tionsvereinbarung wichtig. Es ist jedoch ebenso wie das sächsische „Klimaschutzpro-  
92 gramm“ grotesk unzureichend. Wir brauchen ein „Kyoto-Plus“ mit verbindlichen, lang-  
93 fristigen und ausreichenden Minderungszielen. Das neue sächsische Energieprogramm  
94 hat dies zu unterstützen.

## 95 **2.2 Braunkohle ist unvereinbar mit dem Klimaschutzziel**

96 Ganz Sachsen emittiert derzeit 52 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr, dies sind 13 Tonnen  
97 CO<sub>2</sub> pro Kopf - trotz geringerer Wirtschaftskraft ist dies mehr als der Bundesdurch-  
98 schnitt von 10 t. Wenn der neue Block in Boxberg 2011 ans Netz geht, werden die  
99 Gesamtemissionen Sachsens auf 57 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> oder auf über 14 Tonnen CO<sub>2</sub>  
100 pro Kopf steigen. Wir werden dann zu den globalen Spitzenreitern in der Liga der  
101 Klimakiller gehören.

102 Das Klimaschutzziel einer Reduktion der CO<sub>2</sub> -Emissionen für die Industrieländer von  
103 80 % bis 90 % im Jahr 2050 bedeutet für Sachsen eine Minderung um über 40 Mio. t  
104 auf 10 Mio. t. Statt über 13 t CO<sub>2</sub> pro Person dürfen wir ab 2050 nur noch 2 t pro  
105 Person und Jahr in die Atmosphäre entlassen. Allein die sächsischen Braunkoh-  
106 lekraftwerke werden ab 2011 33 Mio. t CO<sub>2</sub> emittieren – und zwar wegen der Laufzeiten  
107 von Großkraftwerken langfristig bis zur Jahrhundertmitte. Dies bedeutet ganz klar: das  
108 80%-Reduktionsziel ist mit den derzeitigen Braunkohlekraftwerken nicht zu erreichen!

109 Auch eine CO<sub>2</sub>-Abscheidungs- und Einlagerungstechnik, die jetzt die Braunkohle  
110 klimaverträglich machen soll, wird daran nichts ändern und wird nur dazu führen, dass  
111 eine wirksame Problemlösung räumlich und zeitlich verschoben wird. Außerdem sind  
112 die Kosten für diese perspektivisch unsicheren und ineffizienten Technologien  
113 höchstwahrscheinlich noch höher anzusiedeln, als die einer effizienten, nachhaltigen  
114 Lösung. Schließlich sind alte Kraftwerke nicht nachrüstbar und es würde erst durch den  
115 Neubau von Kraftwerken im Verlaufe von mehreren Jahrzehnten zu der bereits jetzt

---

<sup>5</sup> Vortrag von Dr. W. Küchler, Landesamt für Umwelt und Geologie, auf den Annaberger Klimatagen 2006.

116 nötigen Reduzierung der schädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen kommen. Die begrenzte  
117 Speicherkapazität für CO<sub>2</sub> erlaubt zudem den Betrieb solcher Kraftwerke nur für eine  
118 Übergangszeit. Wenn die Energiekonzerne glauben, die Kohle über die  
119 Abscheidungstechnologie bis 2014 klimaverträglich machen zu können, dann fordern  
120 wir die Begrenzung der Laufzeit der Kohlekraftwerke bis zu diesem Zeitpunkt. Ab  
121 diesem Zeitpunkt sollen Neuinvestitionen nur noch mit Abscheidungstechnologie  
122 zulässig sein.

123 Hauptaufgabe eines ernstzunehmenden und zukunftsfähigen sächsischen Klimaschutz-  
124 und Energieprogramms ist daher die Organisation des Braunkohleausstiegs. Die  
125 Staatsregierung muss sämtliche noch zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um den  
126 Bau des Kraftwerks Boxberg IV zu verhindern. Eine weitere Abaggerung von Dörfern  
127 ist zu verbieten. Das neue sächsische Energieprogramm muss einen Weg beschreiben,  
128 wie durch Energieeinsparung und Energieeffizienz, durch den Ausbau der Erneuer-  
129 baren und für eine Übergangszeit auch durch den Zubau hocheffizienter Gaskraftwerke  
130 der wegfallende Braunkohlestrom ersetzt werden kann.<sup>6</sup>

### 131 **2.3 Gesellschaftliche Wirtschaftlichkeitsbetrachtung: Investieren in den** 132 **Klimaschutz!**

133 Energiepolitik muss Energie für den Verbraucher zu vertretbaren Kosten im Vergleich  
134 zu anderen Konsumsystemen bereitstellen.<sup>7</sup> Die schlichte unbequeme Wahrheit ist,  
135 dass Preisreduzierungen für den Verbraucher langfristig nur durch die konsequente  
136 Ausschöpfung der Einsparpotentiale und die schnelle Markteinführung der Erneuer-  
137 baren Energien erreichbar sein werden.

138 Die fossilen Energien sind keine Alternative. Wie gerade das Beispiel der  
139 Braunkohleverstromung in Sachsen zeigt, die für Klimawandel und die Zerstörung von  
140 Dörfern und Landschaften verantwortlich ist, wurde „Wirtschaftlichkeit“ bisher  
141 kurzfristig unter Ausblendung der externen Kosten für Mensch, Umwelt und Natur  
142 definiert. Die bisher der Gesellschaft aufgebürdeten externen Kosten sind daher  
143 konsequent in die Erzeugungskosten zu internalisieren. Kurzfristigen Kostenvorteilen  
144 stehen mittel- und langfristig umso schwerere Schäden gegenüber. Das Deutsche  
145 Institut für Wirtschaftsforschung DIW hat errechnet, dass die gesellschaftlichen Kosten  
146 eines verzögerten Klimaschutzes um ein Vielfaches höher liegen, als die Kosten eines  
147 rechtzeitigen Klimaschutzes mit vermiedenen Umweltschäden.<sup>8</sup>

148 Neue Braunkohlekraftwerke wären schon heute kaum wirtschaftlich, wenn sie nicht im  
149 Wettbewerb gegen effiziente Gaskraftwerke systematisch bevorzugt würden. So hat die  
150 Bundesregierung mit Hilfe der sächsischen Staatsregierung dem Vattenfall-Konzern  
151 Verschmutzungsrechte durch die marktwidrige Manipulation des Emissionshandels für  
152 den Bau von Boxberg IV CO<sub>2</sub> im Wert von ca. 1,2 Mrd. € geschenkt!<sup>9</sup>

153 Zu einer gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Energieerzeugung

---

<sup>6</sup> Die Greenpeace-Studie zur Ersetzung des Braunkohlestroms aus dem neuen Kraftwerk Neurath in NRW hat dies exemplarisch gezeigt.

<sup>7</sup> Bundesumweltministerium, Ökologisch optimierter Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland, 2004, S.5.

<sup>8</sup> Claudia Kemfert, Weltweiter Klimaschutz – Sofortiges Handeln spart hohe Kosten, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW, Wochenbericht Nr. 12-13/2005. „In Deutschland würde eine Klimaschutzpolitik, die schon heute wirksame Maßnahmen ergreift, 5,7 Mrd. US-Dollar im Jahre 2050 und 40 Mrd. US-Dollar im Jahre 2100 kosten. Zugleich würden damit aber Klimaschäden in Höhe von 33 Mrd. US-Dollar im Jahre 2050 und 160 Mrd. US-Dollar im Jahre 2100 vermieden.“

<sup>9</sup> Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag, Hintergrundpapier Klima und Energiepolitik. 18.6.2006, abzurufen unter [www.gruene-fraktion-sachsen.de](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de).

154 gehören auch die Arbeitsplatzperspektiven. So sichert die Braunkohle derzeit in  
155 Sachsen etwa 2900 Arbeitsplätze. Die Branche der Erneuerbaren gibt heute schon über  
156 5.200 Menschen Lohn und Brot – Tendenz: stark steigend.<sup>10</sup> Bis zum Jahr 2020 sind  
157 500.000 Arbeitsplätze in Deutschland bei den Erneuerbaren möglich. In Sachsen  
158 könnten dann anteilig bis zu 25.000 Arbeitsplätze entstehen.

## 159 **2.4 Realistische Versorgungssicherheit: Ausschöpfung der Effizienz und** 160 **der Potentiale der Erneuerbaren!**

161 Versorgungssicherheit bedeutet: Energieträger sollen auf unabsehbare Zeit zu  
162 vertretbaren Preisen und ohne Versorgungsschwankungen zur Verfügung stehen. Sie  
163 wird in Zukunft durch viele dezentrale und flexibel zur Verfügung stehende  
164 Energieerzeugungsanlagen zu gewährleisten sein. Wir stellen fest: Nur die erneuer-  
165 baren Energien aus Sonne, Wind, Biomasse, Wasser oder Erdwärme stehen dauerhaft  
166 und zuverlässig als einheimische Energieträger zur Verfügung. Versorgungssicherheit  
167 bedeutet, dieses Potential auszuschöpfen. Die Leitungs- und Steuerungssysteme sind  
168 durch „virtuelle Kraftwerke“ mit einer zentralen Steuerung dezentraler  
169 Energieerzeugungsanlagen an den wachsenden Anteil der Erneuerbaren am Energie-  
170 mix anzupassen. Das Beharren auf der Braunkohle steigert dagegen die Abhängigkeit  
171 von einem Energieträger, zementiert zentrale Kraftwerksstrukturen und verhindert den  
172 starken Ausbau der Erneuerbaren.

## 173 **3 Unser größtes Potential: Energieeinsparung und Energieeff-** 174 **izienz**

### 175 **3.1 Ziele**

176 Energieeinsparung und Energieeffizienz sind unsere oft übersehenen, größten un-  
177 erschlossenen Energiepotentiale. Wir stimmen dem Präsidenten des Umweltbundes-  
178 amtes zu, der eine Energieeinsparung von 50 % bis zum Jahre 2050 für möglich und  
179 notwendig hält. Das Klimaschutzszenario der Studie „Ökologisch optimierter Ausbau der  
180 Erneuerbaren Energien“ von 2004 zeigt, dass die Energieeinsparung zur Hälfte zur  
181 Erreichung des CO<sub>2</sub>-Minderungsziels beitragen muss. Dafür muss die Effizienz beim  
182 Primärenergieverbrauch jährlich um 2,6%,<sup>11</sup> besser um 3 bis 4%, gesteigert werden.<sup>12</sup>

183 Um Effizienzpotentiale zu erschließen, bedarf es entschlossener Weichenstellungen.  
184 Der Ausbau der Energieeffizienzagentur und das neue Effizienzprogramm für KMU mit  
185 jährlich 3,4 Mio. € sind nur ein erster Schritt. Sachsen hat sich bis heute noch nicht  
186 einmal zum Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung von 2002 bekannt,  
187 die Energieproduktivität im Zeitraum von 1990 bis 2020 zu verdoppeln<sup>13</sup>

188 Wir fordern im neuen Energieprogramm verbindliche und anspruchsvolle Einsparziele  
189 auf dem Weg zu einer Einsparung von Primärenergie um 50% bis 2050. Die sächsische  
190 Wirtschaft hängt aber immer noch um 13% in der Energieeffizienz gegenüber den  
191 Westländern zurück.<sup>14</sup> Schon nach dem heutigen Stand der Technik sind Energie-

---

<sup>10</sup> Hans-Jürgen Schlegel / Emanuel Wowtscherk, Entwicklung von Beschäftigung und Umsatz bei der Nutzung Erneuerbarer Energien in Sachsen im Zeitraum 2002 bis 2006, Präsentation, Download auf der Seite des LfUG – [www.umwelt.sachsen.de](http://www.umwelt.sachsen.de), Juli 2006.

<sup>11</sup> BMU, Ökologisch optimierter Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland, 2004, S. 215.

<sup>12</sup> Loske u.a., Für einen neuen ökologischen Realismus, S.7.

<sup>13</sup> Bundesregierung, Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung, Kurzfassung, 2002, S.40.

<sup>14</sup> Sächsische Staatsregierung, Energieprogramm 2004.

192 Einsparpotentiale in der Größenordnung von 30 % wirtschaftlich zu erschließen.  
193 Manche Investitionen in der Industrie und auch in den privaten Haushalten würden sich  
194 bereits in weniger als 5 Jahren amortisieren und damit eine Rendite von über 20 %  
195 erbringen. Um die Potentiale in Sachsen zu erschließen und unnötigen CO<sub>2</sub>-Verbrauch  
196 zu reduzieren, müssen alle Bereiche der Energieerzeugung, der Wärmebereitstellung,  
197 des Energieverbrauchs von Geräten und der Antriebsstoffe für Mobilität auf den  
198 Prüfstand.

### 199 **3.2 Energieeffizienz in Gebäuden**

200 Häuser, Bürogebäude und Industrieanlagen werden für viele Jahrzehnte gebaut. En-  
201 ergieeinsparung und effiziente Nutzung der Energie sind wichtige Beiträge für den  
202 Klimaschutz. Die heutigen Gebäude haben große Mängel: Der Anteil der Raum-  
203 wärmebereitstellung liegt bei 33% des gesamten Endenergieverbrauchs. Weitere 26%  
204 des Endenergieverbrauchs nehmen die Warmwasserbereitstellung und die  
205 Prozesswärme ein. Damit werden fast 60% des Endenergieverbrauchs in Gebäuden  
206 verbraucht. Heute wird jeder Quadratmeter Nutzfläche jedes Jahr im Durchschnitt mit  
207 150 kWh (15 Liter Heizöl) beheizt.

208 Es ist offensichtlich, dass ein Sprung bei der Energieeffizienz nur durch drastische  
209 Verbesserungen beim Energieverbrauch der Gebäude erreicht werden kann. Der En-  
210 ergieverbrauch kann durch entsprechende Sanierungs- und Optimierungsmaßnahmen  
211 an der Gebäudehülle sowie an der Anlagentechnik zur Wärmeerzeugung und  
212 Wasseraufbereitung erheblich gesenkt werden. Das Modell der Zukunft sind Gebäude,  
213 die mehr Energie produzieren, als sie verbrauchen und überschüssige Energie ins Netz  
214 einspeisen.

215 Mit der Einführung des Energieeinsparverordnung 2002, die den Niedrigenergie-  
216 standard für Neubauten und energetisch wirksame Maßnahmen bei Sanierungen vor-  
217 schreibt, wurde ein rot-grünes Reformprojekt umgesetzt. Bis 2020 sollte der  
218 Niedrigenergiestandard für Altbauten erreicht werden.

219 Immer noch steht die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Energiepasses für  
220 alle Gebäude aus. Auf Landesebene wurde in Sachsen 2002 der Energiepass für den  
221 Gebäudebestand als freiwilliges Instrument eingeführt. Solange der bundesweite Pass  
222 nicht kommt, sollte der sächsische Energiepass fortgeführt und in der Sächsischen  
223 Bauordnung zwingend festgeschrieben werden.

224 Wir schlagen vor, dass Mieter das Recht zur Minderung in dem Umfang erhalten sollen,  
225 wie sie mehr Betriebskosten zahlen müssen, als nach einem definierten ambitionierten  
226 Gebäudestandard nötig wäre. Dies würde einen starken ökonomischen Anreiz für  
227 Hauseigentümer bedeuten, in die energetische Sanierung ihrer Gebäude zu  
228 investieren.

229 Für öffentliche und staatlich geförderte Neubauten muss der Passivhausstandard als  
230 Regelstandard eingeführt werden. Für die Sanierung und den Umbau öffentlicher Ge-  
231 bäude sowie von Vorhaben, die staatlich gefördert werden, muss der Niedrigenergi-  
232 estandard gelten. Dabei sind Energieeffizienzverbesserungen durch ökologisch wirk-  
233 same Anlagentechnik und Energieträger, wie Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmepumpe,  
234 Wärmetauscher, Erdwärme, Fotovoltaik, Thermosolar und Biomasse, zu erreichen.  
235 Dabei soll der Grundsatz gelten: Vermeidung von Energieverbrauch vor ökologischer  
236 Erzeugung.

237 Auch die Einsparpotentiale der privaten Unternehmen gilt es künftig stärker als bisher  
238 mit Know-how und Kapital zu nutzen, um Energieeinsparpotentiale in den staatlichen

239 Liegenschaften auszuschöpfen. Dabei sollte auch auf Instrumente wie Technisches  
240 Gebäude-Management und Energieeinspar-Contracting und Public-Private-Partnership  
241 gesetzt werden. Wir fordern, dass der Freistaat und die Kommunen ihrer  
242 Vorbildfunktion gerecht werden. Haushaltsrechtliche Hemmnisse für Contracting-Pro-  
243 jekte der Kommunen etwa bei Schul- und Kita-Sanierungen müssen beseitigt werden.  
244 Wir fordern, dass bis 2020 alle öffentlichen Gebäude in Sachsen CO<sub>2</sub>-neutral sind.<sup>15</sup>

245 Der Einsatz natürlicher und nachwachsender Baustoffe, der Einsatz von  
246 Recyclingbaumaterial und der Einsatz von schadstoffarmen Stoffen hilft den  
247 Ressourcenverbrauch zu reduzieren, Umweltproblemen vorzubeugen und eine  
248 gesunde Lebenswelt zu erhalten. Wir setzen dabei auf Verbraucherinformation,  
249 Vorbildfunktion und gezielte Förderung. Ähnlich dem Ökosiegel für landwirtschaftliche  
250 Produkte aus Sachsen, ist ein Ökosiegel für Bauprodukte ein richtiges Marketingmittel  
251 mit Klimafunktion.

252 Die Ökologische Raumentwicklung ist ebenfalls ein wichtiges Instrument des  
253 Klimaschutzes. Oft genug wird der Stadtumbau Ost als Abrissprogramm in den urbanen  
254 Mittelzentren und Kleinstädten praktiziert, während gleichzeitig Neubaugebiete  
255 ausgewiesen werden. Nicht nur, dass dies in Anbetracht des demografischen Wandels  
256 fragwürdig ist, weil immer weniger Anwohner die Strassen und die Infrastruktur  
257 bezahlen müssen, darüber hinaus ist es auch nicht ökologisch, dass für Abriss und  
258 Neubau unnötig Ressourcen und Energie verbraucht werden.

## 259 **4 Unsere künftige Energiequelle: 100 % - Erneuerbare sind** 260 **möglich!**

### 261 **4.1 Ziele**

262 Viele Menschen glauben immer noch, dass die Erneuerbaren Energien nicht in der  
263 Lage wären, unseren Energiebedarf zu decken. Dies ist falsch. Bereits 2004 hat die  
264 breit angelegte Studie „Ökologisch optimierter Ausbau der Erneuerbaren Energien in  
265 Deutschland“ im Auftrag des Bundesumweltministeriums nachgewiesen, dass unter  
266 Einschluss eines ehrgeizigen Effizienzscenarios bis 2050 65% unseres Strombedarfs  
267 (2020: 30%), 45% des Wärembedarfs (2020: 12,5%) und 30% der Kraftstoffe (2020:  
268 5%) aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden können. Damit würden 50% des  
269 Primärenergieverbrauchs (berechnet nach der Substitutionsmethode) aus Erneuerbaren  
270 Energien gedeckt.<sup>16</sup> Die selbst für Optimisten unerwartet schnelle Entwicklung der  
271 Erneuerbaren ermutigt dazu, bald noch ehrgeizigere Ziele für erreichbar zu halten.

272 Nach dem sächsischen „Klimaschutzprogramm“ von 2001 sollen bis 2010 5 % des End-  
273 energieverbrauchs an Strom, Wärme und Kraftstoffen (entspricht ca. 12% des Strom-  
274 verbrauchs) aus den Erneuerbaren kommen. Dieses Ziel ist 2005 mit 4,1 % schon fast  
275 erreicht. Im Jahr 2006 waren 5200 Menschen bei den Erneuerbaren in Sachsen  
276 beschäftigt, die Unternehmen erzielten einen Umsatz von 1,5 Mrd. €.<sup>17</sup> Dies ist eine  
277 Verdreifachung in vier Jahren!

278 Jetzt muss sich der Freistaat langfristige und ehrgeizigere Ziele setzen. Wir fordern, dass  
279 sich Sachsen mindestens die Ziele aus der BMU-Studie mit den jeweiligen Zwischenzielen  
280 2020 zum Vorbild nimmt. Wir halten es für realisierbar bis zum Jahre 2050 die heute in

<sup>15</sup> Forderung von Prof. Klaus Töpfer auf der „Kyoto-Plus“-Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung Ende September in Berlin.

<sup>16</sup> Bundesumweltministerium, Ökologisch optimierter Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland, 2004, S. 226f.

<sup>17</sup> Hans-Jürgen Schlegel / Emanuel Wowtscherk, Entwicklung von Beschäftigung und Umsatz bei der Nutzung Erneuerbarer Energien in Sachsen im Zeitraum 2002 bis 2006.

281 Sachsen verbrauchte Strommenge bereits im Jahre 2050 komplett aus den Erneuerbaren  
282 beziehen. Wenn man bedenkt, dass zudem Einspar- und Effizienzpotentiale von über 50%  
283 möglich sind, so würde bereits eine 1%-ige Substitution ausreichen um den sächsischen  
284 Bedarf 2050 zu decken.

285  
286

## 287 **4.2 Wind: Repowering**

288 Die Windkraft liefert derzeit den größten Anteil an den Erneuerbaren. Durch das  
289 Repowering werden zahlreiche kleinere, veraltete Anlagen durch wenige höhere und  
290 leistungsstärkere Anlagen ersetzt. Neben dem resultierenden erhöhten Ertrag kann  
291 hierdurch gewährleistet werden, dass der notwendige Natur und Landschaftsschutz  
292 nicht beeinträchtigt wird. Diese Möglichkeit der Verknüpfung von neuen Technologien  
293 und dem Umweltschutz darf nicht durch unnötige Verwaltungsvorschriften, wie z.B. zu  
294 restriktiven Höhererlässen, vereitelt werden, muss aber im Zweifelsfall immer der Natur  
295 und den BürgerInnen Vorrang gewähren. Wir wollen die Chancen des Repowering in  
296 Sachsen auch im Interesse der heimischen Wirtschaft entschlossen ergreifen und nicht  
297 weiterhin administrativ ausbremsen.

## 298 **4.3 Andere Erneuerbare**

299 Die Biomassekraftwerke haben sich in den letzten Jahren in Sachsen gut entwickelt.  
300 Sie sollten aus Effizienzgründen vorrangig in Form von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen  
301 eingesetzt werden, um damit die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen zu verbessern und  
302 die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme zu ermöglichen. Die Möglichkeit der  
303 dezentralen Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz sind zu nutzen um  
304 verbrauchernahe KWK-Anlagen zu versorgen. Sachsen muss bei der Photovoltaik  
305 einen eigenen Forschungs- und Wirtschaftsförderungsschwerpunkt setzen. Gerade hier  
306 bieten sich mit den Firmen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Chance,  
307 Mitteldeutschland zum Technologieführer bei der PV zu entwickeln. Die Erforschung der  
308 grundlastfähigen geothermischen Potentiale im Freistaat Sachsen und die Entwicklung  
309 geeigneter Kraftwerke in Forschung und Entwicklung sind voranzutreiben. Sachsen ist  
310 in der Geowissenschaft an der Weltspitze, dieses Forschungspotential muss auch für  
311 die Geothermie optimiert werden.

## 312 **5 Neue Antriebsstoffe für die Mobilität**

313 Im Verkehrsbereich werden mit den biogenen Kraftstoffen derzeit große Hoffnungen  
314 verbunden. Sie machen uns unabhängig vom Öl und leisten gleichzeitig einen Beitrag  
315 zum Klimaschutz. Doch wer genauer hinsieht, wird erkennen, dass die Potentiale den  
316 derzeitigen Bedarf noch nicht einmal im Entferntesten zu decken in der Lage sind.  
317 Gleichzeitig drohen neue Gefahren: Großflächiger Anbau von Energiepflanzen in  
318 Brasilien und Malaysia bedroht den Regenwald, auch der Druck auf die borealen  
319 Wälder Osteuropas wird erhöht. Wir müssen erkennen: Mit einer alleinigen Umstellung  
320 von fossilen Treibstoffen auf Biosprit werden die Probleme nicht gelöst, sondern nur  
321 verlagert. Gerade im Verkehrsbereich brauchen wir eine Effizienzrevolution, um das  
322 Klimaschutzziel zu erreichen. Dies erfordert auch eine effizientere Verkehrsinfrastruktur.

323 Notwendig ist eine drastische Reduzierung des Treibstoffverbrauchs. Eine 50%-ige  
324 Reduzierung des Durchschnittsverbrauchs von 8,4 Litern auf 100 km im Motorisierten  
325 Individualverkehr (MIV) ist bereits jetzt technisch realisierbar. Die bessere Nutzung des  
326 Treibstoffs – derzeit liegt der Wirkungsgrad zwischen 20 und 35 % - brächte zusätzlich  
327 eine Effizienzsteigerung.



328 Die Massenrelation zwischen Verkehrsträgern und Verkehrsgütern ist zu verbessern. Im  
329 MIV beträgt sie derzeit 10:1 – mehr als eine Tonne Auto wird bewegt um 1,2 Menschen  
330 von A nach B zu bringen.

331 Das Auto- und Forschungsland Sachsen muss sich dieser Herausforderung frühzeitig  
332 stellen, um wirtschaftlich nicht von eruptiven Entwicklungen erschüttert zu werden.  
333 Unsere derzeitige Art der Mobilität beruht auf Verschwendung, die wir uns nicht länger  
334 leisten können.

335 Wir unterstützen die Aussagen von Angela Merkel, die bereits 1995 als  
336 Umweltministerin forderte, dass Fliegen teurer werden muss und für eine Besteuerung  
337 des Flugbenzins eintrat. Die Verbrennung von Kerosin schädigt überproportional die  
338 Atmosphäre, weil es direkt die Stratosphäre verändert. Auch wenn es im Zeitalter der  
339 Billigflüge keiner wissen will: Fliegen ist und bleibt die klimaschädlichste Art der  
340 Fortbewegung. Wir fordern, dass der Verkauf von Flugbenzin (Kerosin) in allen Ländern  
341 der Europäischen Union und in der Türkei der durchschnittlich gleichen steuerlichen  
342 Belastung unterworfen wird wie der Verkauf von Benzin an die Halter und Fahrer von  
343 Personenkraftwagen. Das betrifft Ökosteuern, Mineralölsteuern und Umsatzsteuern.

## 344 **6 Öffentliches Verfahren der Erarbeitung**

345 Energiepolitik vor den Zeiten des EEG wurde bisher immer im Kartell der Energie-  
346 großkonzerne und ihrer Hilfstruppen in den Wirtschaftsministerien heimlich und zum  
347 Vorteil der Konzerne ausgekungelt. Eine breite gesellschaftliche Debatte ist aber  
348 angesichts der riesigen Herausforderungen des Eintritts ins solare Zeitalter dringlicher  
349 denn je.

350 Wir schlagen daher vor, dass die Staatsregierung ein offenes, öffentliches und ge-  
351 ordnetes Verfahren der Diskussion eines neuen Energieprogramms einleitet. Die  
352 Staatsregierung sollte der Öffentlichkeit einen Statusbericht über den Stand, die Per-  
353 spektiven und die Potentiale der Energie- und Effizienzpolitik vorlegt. Es sollte um  
354 nichts weniger gehen, als um die langfristige Beschreibung des Wegs „Weg von Öl,  
355 Kohle und Gas – hin zu den Erneuerbaren!“

356 Der Freistaat soll die Erarbeitung regionaler Energiekonzepte mit dem Ziel  
357 energieautonomer Regionen fördern.

358 Die gesellschaftlichen Gruppen sollten dann Gelegenheit erhalten, ihre Wünsche und  
359 Vorstellungen vorzutragen. Diese sollten in einer öffentlichen sächsischen Energie-  
360 konferenz ausgetauscht und diskutiert werden. Die Staatsregierung sollte ihr  
361 Energieprogramm dem Sächsischen Landtag zur Diskussion und Beschlussfassung  
362 vorlegen.

363 Die sächsische Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird aufgefordert im  
364 Sinne dieses Energieprogramms parlamentarisch tätig zu werden.